



Politik der Friedensbildung in der Region: Hindernisse aus der Vergangenheit und Visionen für die Zukunft

Veranstalter: Fakultät für Politikwissenschaften der Universität Sarajevo / Forum Ziviler Friedensdienst (ForumZFD) / Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
Sarajevo, 19.-22. Oktober 2017

Bericht von Judith Brand, Sarajevo

□ Für vier Tage trafen sich in Sarajevo über 50 PanelistInnen und mehrere Hundert Gäste, VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft, um Fragen nach Friedensbildung in Bosnien und Herzegowina sowie der Region des ehemaligen Jugoslawiens zu erörtern und zu diskutieren. Die Konferenz wurde gemeinsam von der Fakultät für Politikwissenschaften der Universität in Sarajevo sowie der deutschen NGO Forum Ziviler Friedensdienst (ForumZFD) in Bosnien und Herzegowina in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft organisiert. Es war bereits die zweite Konferenz, die ForumZFD gemeinsam mit Universitäten im ehemaligen Jugoslawien veranstaltete. 2015 fand die erste Konferenz dieser Art in Belgrad statt und widmete sich – 20 Jahre nach Unterzeichnung des Daytoner Friedensabkommens – der Frage nach den Interpretationen der jugoslawischen Konflikte und ihren Folgen. In Sarajevo nun versuchte man in acht thematischen Panels, die Brücke zu schlagen von Hindernissen aus der Vergangenheit hin zu Visionen für die Zukunft. Vortragende waren neben Wissenschaftlern aus Sarajevo, vorwiegend von der Fakultät für Politikwissenschaften, aber auch anderer Fachrichtungen, besonders KollegInnen aus anderen Teilen Bosnien und Herzegowinas, aus Kroatien, Serbien, Kosovo sowie Deutschland, Österreich und weiteren europäischen Ländern. Etwa die Hälfte der aktiven Konferenzteilnehmenden waren NachwuchswissenschaftlerInnen, DoktorandInnen und VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft. Dieser multiperspektivische und interdisziplinäre Ansatz bereicherte die Konferenz, die nach Möglichkeit im Sommer 2018 in Pristina eine Fortsetzung finden soll.

In seiner Eröffnungsrede analysierte *Nenad Dimitrijević* (Central European University Budapest) die bisher in der Region angewandten Mechanismen zur Vergangenheitsbearbeitung und

Friedensbildung als unzureichend. Vor allem die – moralisch verfehlte – herrschende politische und kulturelle Haltung zu Verbrechen habe zur Ineffizienz jener Mechanismen beigetragen. Durch das Fehlen von Moral würde den Opfern erneut Unrecht angetan und ihr Leiden verlängert. Er forderte Empathie für die Opfer sowie Anerkennung des Unrechts und des Leidens als wichtige Bestandteile einer moralischen Haltung, die die Grundlage für Friedensbildung darstelle.

Um „(Nicht-)Ereignisse in der Dayton-Zwischenzeit“ ging es im zweiten Keynote Speech von *Stef Jansen* (Universität Manchester), basierend auf dem Konzept von ‚Ereignis‘ nach Alain Badiou. Die Zeit nach dem „großen Ereignis“ des Krieges in Bosnien und Herzegowina komme vielen als Stillstand und als ereignislos vor. Jansen ging der Frage nach, was, welches Geschehnis, im Schatten des Krieges als das bestimmende Ereignis, an dem sich alles andere messen muss, überhaupt noch als Katalysator für eine Veränderung funktionieren könne.

Das erste Panel befasste sich mit **ethno-nationalen Interpretationen Bosnien und Herzegowinas**. *Dejan Jović* (Universität Zagreb) untersuchte die theoretischen Ansätze Realismus, Liberalismus und Konstruktivismus in internationalen Beziehungen hinsichtlich ihres Potenzials und Anwendungsmöglichkeiten zur Friedensbildung in der Region. Ein Geschichtsbewusstsein sei Grundlage politischen und sozialen Bewusstseins, führte der Dekan der Politikwissenschaften der Universität Sarajevo, *Šaćir Filandra*, in seinem Vortrag aus. In einem multinationalen Staat wie Bosnien und Herzegowina würde es, da Geschichte zur individuellen und kollektiven Identitätsbildung dient, unweigerlich zu Konflikten auf politischer Ebene um die Interpretation der geschichtlichen Narrative kommen. *Asim Mujkić* (Universität Sarajevo) vertrat die Ansicht, dass ohne den Referenzrahmen des Kapitalismus, der im Zuge der politischen Umwälzungen seit 1989 eingeführt wurde, die ethnopolitische Ideologie sich nicht so umfassend hätte entwickeln können. Die Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina sei in mindestens zwei Einheiten (Kategorien) aufgeteilt – in die sich gegenseitig ausschließende ethnopolitische Kategorie der konstituierenden Völker sowie in eine herrschende Klasse, die unabhängig von ethnischen Vorzeichen interessehalber zutiefst miteinander verbunden sei.

Damirka Mihaljević (Universität Mostar) argumentierte, die demokratische Konsolidierung Bosnien und Herzegowinas sei nicht mit der Einführung demokratischer Regeln abgeschlossen, sondern befinde sich vielmehr in einem Stillstand. Demokratie ohne dazugehörige Werteorientierung könne nicht funktionieren. Als möglichen Ausweg aus der politischen Krise sah sie politische Bildung. Ausgehend von einer Analyse von Geographie- und Geschichtslehrbüchern in Bosnien und Herzegowina stellte *Sead Turčalo* (Universität Sarajevo) fest, dass statt einer objektiven Präsentation und Interpretation des Staates Bosnien und Herzegowina Vorstellungen gelehrt würden, die Ideen eines eigenen ethnischen Gebietes als innere Heimat stabilisierten. *Slavo Kukić* (Universität Mostar) führte aus, dass die Beziehungen zwischen Serbien und Kroatien immer Auswirkungen auf Bosnien und Herzegowina haben würden – sowohl als Friedensfaktor als auch als Faktor für politische Instabilität. Er argumentierte deshalb für die Einführung des ‚nordischen Modells‘, für das Bosnien und Herzegowina sich stark machen sollte.

Das zweite Panel widmete sich den **Herausforderungen und Erkenntnissen der Friedensbildung im heutigen Bosnien und Herzegowina**. *Nebojša Vladislavljević* (Universität Belgrad) widmete sich der Frage nach Demokratie und nach der Steuerung von Konflikten in ethnisch geteilten Gesellschaften. Basierend auf empirischen Studien erläuterte *Sabina Čehajić-Clancy* (Sarajevo School of Science and Technology), ob und wie gezielte inter-ethnische Kontakte, wie sie oft von internationalen und lokalen Organisationen als bewusste Intervention genutzt würden, zur dauerhaften Versöhnung beitragen könnten. Dies gelinge dann vor allem, wenn die verschiedenen Gruppen über moralische Vorbilder diskutierten.

Jelena Golubović (Simon Fraser Universität, Burnaby, Kanada) stellte erste Ergebnisse ihrer Dissertationsforschung vor. Ihre anthropologische Untersuchung fokussiert sich auf die bisher vernachlässigten und unbeschriebenen Erfahrungen serbischer Frauen in / aus Sarajevo – auf beiden Seiten der ehemaligen Frontlinie.

Amila Ždralović (Universität Sarajevo) befasste sich mit den Kapazitäten und Beschränkungen von Frauenfriedenspolitik in Bosnien und Herzegowina. Ihrer Ansicht nach würde das Potenzial feministischer Friedensbildung, die auf Care- und Verantwortungsethik gründen sollte, nicht ausgeschöpft, da eine Ethik der Verantwortung nicht ausreichend diskutiert und definiert worden sei. In seinem Vortrag analysierte *Miloš Šolaja* (Universität Banja Luka) Bosnien und Herzegowina als Beispiel eines konstruktivistischen Ansatzes der internationalen Gemeinschaft. *Zlatiborka Popov-Momčinović* (Universität Ost-Sarajevo) untersuchte den Einfluss und die Möglichkeiten eines feministischen und Gender-Diskurses, der ein Prozess auf den Prozess der Versöhnung sei. Feministische Ansätze könnten wichtige Nischen des Widerstandes öffnen gegenüber den lähmenden Mechanismen, die Gesellschaften in einem *frozen conflict* hielten.

Im dritten Panel ging es um **externe Akteure und deren Rolle in der Friedensbildung in der Region**. *Marie-Janine Calic* (Ludwig-Maximilians-Universität München) analysierte die Erfahrungen der internationalen Gemeinschaft, vor allem der EU, aus der Friedens- und Staatsbildung in Bosnien und Herzegowina, der ersten und ambitioniertesten derartigen Intervention. Sie schlussfolgerte, dass solch umfassende und einmischende Interventionen schwer durchführbar seien und negative Folgen für das politische und wirtschaftliche System haben könnten. *Beatrix Austin* (Berghof Foundation, Berlin) stellte fest, dass viele post-Konfliktgesellschaften in einem Teufelskreis konkurrierender Opferrollen gefangen seien, in der die jeweils eigene Gruppe als Opfer und die der anderen als Täter gesehen werde. Versöhnung sei unter diesen Bedingungen – die oft noch von internationalen und lokalen Akteuren gefördert und stabilisiert würden – nicht möglich.

In einer vergleichenden Untersuchung analysierte *Hamza Karić* (Universität Sarajevo) die Srebrenica-Resolutionen des US-Kongresses und des Europäischen Parlamentes. *Armina Galijaš* (Universität Graz) nahm sich des arabischen Tourismus und Investments in Bosnien und Herzegowina an und untersuchte Perzeption und Vorbehalte auf bosnischer Seite sowie die Rolle der Religion und mögliche Auswirkungen und gesellschaftliche Veränderungen. Die Rolle externer Akteure, die immanent zur Existenz Bosnien und Herzegowinas als Staat gehörten, stabilisiere die politischen Verhältnisse aus der Kriegs- und Nachkriegszeit und verhindere die Entwicklung in eine Gemeinschaft des Friedens, argumentierte *Vedran Dzihic* (Universität Wien). Er kritisierte die Widersprüchlichkeit externer Faktoren, die den Zustand des Unfriedens in Bosnien und Herzegowina somit stabilisieren würden.

Transitional Justice und Erinnerungskultur waren die Themen des vierten Panels. *Ljiljana Radonić* (Universität Wien) analysierte am Beispiel von Jasenovac das Reaktivieren von Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg für heutige politische Zwecke und fragte, inwieweit es möglich sei, Frieden in der Region zu schaffen, wenn man sich selbst als „die neuen Juden“ und die Anderen als die „Nazis und Faschisten“ begreife. Die Erinnerungskultur in Bosnien und Herzegowina sei eigentlich eine Kultur des Negierens, so *Nerzuk Ćurak* (Universität Sarajevo). Nationalistische Narrative würden Schulen, Universitäten, Geschichte, Zivilgesellschaft, etc. durchdringen. Die internationale Gemeinschaft würde zwar Erinnerungskultur fördern, aber nur „politisch korrekte“, und sei es um den Preis der Wahrheit, zeichnete Ćurak die Situation. In ihrer Präsentation argumentierte *Radmila Nakarada* (Universität Belgrad), dass es nicht ausreiche, die Verantwortung für begangene Gewalt zu übernehmen, sondern es müssten auch

die Ursachen, innere wie äußere, für den Konflikt erforscht und verstanden werden, um stabilen Frieden zu schaffen.

Mit der Errichtung von Denkmälern für Ustascha-Kämpfer aus dem Zweiten Weltkrieg anstatt oder neben Partisanen-Denkmalern in Kroatien befasste sich *Vjeran Pavlaković* (Universität Rijeka). Er analysierte die Auswirkungen der Debatten um umstrittene Denkmäler auf den Versöhnungsprozess. *Vjollca Krasniqi* (Universität Pristina) präsentierte Beispiele von Vergangenheitsbearbeitung und Gender in Kosovo, sowie Forderungen von Frauen, die Geschichte von Frauen im Krieg und in der Nachkriegszeit nicht zu vergessen. Dieser Ansatz der *restorative justice* könne zur Heilung beitragen, als Voraussetzung für eine Zukunft ohne Gewalt. Mechanismen der Übergangsgerechtigkeit, wie etwa Kriegsverbrecherprozesse, *vetting*, Rechtsreformen, Erinnerungskultur, würden in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens nur bedingt funktionieren, argumentierte *Zarije Seizović* (Universität Sarajevo), da die vorherrschenden ethno-zentrierten Narrative nur die Kollektivierung als „Wir, die Guten“ und „Die Anderen, die Bösen“ zuließen.

Panel fünf stellte die Frage nach **Zivilgesellschaft und Friedensbildung** in den Fokus. *Enver Đuliman* (Helsinki Komitee Norwegen) stellte anhand praktischer Erfahrungen aus seiner Arbeit die Wichtigkeit der Rolle von Universitäten im Bereich der Friedensbildung dar. *Marko Antonio Brkić* (Universität Hercegovina) präsentierte und analysierte Ergebnisse einer Untersuchung zu Potenzialen von Versöhnung und Vertrauensbildung in Bosnien und Herzegowina aus der Perspektive von Bürgerinnen und Bürgern, die eine große Unterstützung für diese Prozesse zeigten. Der Erfolg aller Aktivitäten im Bereich Friedensbildung in Bosnien und Herzegowina sei gering, stellte *Nebojša Šavija-Valha* (Nansen-Dialogue Center Sarajevo) fest, da die meisten Interventionen ungenügend kontextualisiert seien und, kurzfristig angelegt, Trends und Agenden folgten. Aufgrund eigener Praxiserfahrung aus der langjährigen Arbeit in einem Ort zeigte er auf, wie hingegen mit einem ganzheitlichen dialogischen Ansatz Potenzial für soziale und politische Veränderungen gefördert werden könne. *Andrea Zemskov-Züge* (Berghof-Foundation, Berlin) legte Erfahrungen aus dem Kaukasus zugrunde, um verschiedene Techniken und Ansätze aus den Vergangenheitsbearbeitungs- und Übergangsgerechtigkeitkonzepten zu evaluieren und einen breiteren Ansatz zu fordern. *Stefan Jeremić* (Helsinki Komitee für Menschenrechte, Serbien) stellte das neugegründete Jugendwerk „Regional Youth Cooperation Office“ kritisch vor. *Aleksandra Letić* (Helsinki Komitee für Menschenrechte Republika Srpska) thematisierte Dilemmata in der Arbeit als zivilgesellschaftliche Organisation, die ethnische Zuschreibung und Aufteilung überwinden will, aber gleichzeitig in der politischen und institutionellen Realität ethnischer Aufteilung arbeitet.

Um die **Zukunft der Friedensbildung in der Region** drehte sich das sechste Panel. *Nermína Mujagić* (Universität Sarajevo) interpretierte Konflikte politischer Vertreter der drei ethnischen Gruppen in Bosnien und Herzegowina als künstliche Konflikte, die der Simulation eines unerträglichen (Zusammen-)Lebens dienen sollten und nicht zur Friedensentwicklung beitragen. Die Wichtigkeit des Verständnisses des lokalen Kontextes für liberale Friedensbildung wurde von *Nemanja Džuverović* (Universität Belgrad) hervorgehoben, der die politischen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen in Jugoslawien 1945-1991 untersuchte. *Monika Palmberger* (Universität Wien) präsentierte Ergebnisse ihrer ethnographischen Untersuchung zu „*border crossing*“ – im Sinne von Überschreitung ethnisch definierter Grenzen. Da positive Erfahrungen und Erinnerungen an inter-ethnische Begegnungen Grenzüberschreitungen förderten, schlug Palmberger vor, Theorien der Erinnerung in der Friedensbildung zu berücksichtigen.

In seinem Beitrag führte *Dražen Barbarić* (Universität Mostar) aus, jedes Regime versuche, öffentlichen Raum mit eigenen kodifizierten Narrativen zu füllen und so eine politische Landschaft zu schaffen. Bei einem Regimewechsel würden die bisherigen Narrative und Symbole in Frage gestellt, umgedeutet, bekämpft. Seine zentrale Frage lautete, inwieweit eine Gemeinschaft das demokratische Recht auf Schaffung einer politischen Landschaft auch dahingehend nutzen dürfe, ästhetische und moralisch ‚schlechte Wahlen‘ zu treffen. *Valida Repovac Nikšić* (Universität Sarajevo) argumentierte, der akademische Diskurs habe zu wenig das Ausmaß der Zerstörung der Gesellschaften beachtet, die nicht nur Extremisten, aber auch politisches Establishment, ethno-nationale und klerikale Oligarchie durch Populismus und offizielle Sozialpolitik angerichtet hätten. Sie führte weiter aus, wie wichtig es sei, eine ‚kosmopolitische Gesellschaft‘ zu stärken, die jede Art von Partikularismus, auf ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit basierenden Kollektivismus und auf ‚Blut und Boden‘ gründende Mythen überwinde, um neue Perspektiven für Vertrauens- und Friedensbildung in der Region zu eröffnen. *Damir Kapidžić* (Universität Sarajevo) setzte sich mit den Beziehungen politischer Parteien zu Kriegsvermächtnissen auseinander. Anhand konkreter Ereignisse auf lokaler Ebene analysierte er die Auswirkungen des Krieges auf die Positionierung politischer Parteien.

Die beiden letzten Panels, die parallel stattfanden, waren speziell für DoktorandInnen vorgesehen. Die Arbeit von *Dijana Delaye* (Universität Zagreb) drehte sich um die gesellschaftliche Legitimität des Haager Kriegsverbrechertribunals, die sie anhand einer Medienanalyse erforschte. *Jasmin Hasanović* (Universität Sarajevo) attestierte ‚Nekro-Fetischismus‘ in der post-jugoslawischen Geopolitik. Orte des Todes würden missbraucht zur ethno-politischen Identitätsbildung. Mit dem (fehlenden) öffentlichen Diskurs von religiösen Führern und deren (potenzieller) Rolle in der Friedensbildung setzte sich Halida Đonlagić (Bhaktivedanta Institute Ljubljana) auseinander. *Harun Išerić* (Universität Sarajevo) argumentierte, das Verfassungsgericht könne eine Rolle spielen in der Schaffung von Frieden in Bosnien und Herzegowina durch seine Entscheidungen zu Religion, Sprache, Gleichberechtigung der Völker, Wappen, etc.

Veldin Kadić (Universität Sarajevo) ging der Frage nach, wie es nach zwei Jahrzehnten erheblichen Einsatzes von Ressourcen aus der Zivilgesellschaft und internationalen Gemeinschaft, Integration, unzähligen Deklarationen und Projekten sein könne, dass das Drohen mit Krieg im ex-jugoslawischen Raum wieder eine Option im öffentlichen politischen Diskurs werden konnte. *Rodoljub Jovanović* (Deusto University, Bilbao) und *Dea Marić* (Universität Zagreb) stellten Ergebnisse ihrer Studie vor, die LehrerInnen im Westbalkan befragte, wie sie im Klassenzimmer mit sensitiven und kontroversen Themen umgingen. *Selma Čosić* (Universität Sarajevo) ging der Frage nach, wie sich die Ungleichheit von Männern und Frauen sowie die Stellung von jungen Menschen in Bosnien und Herzegowina auswirkten – in Richtung Kultur der Gewalt oder in Richtung gegenseitiges Verständnis und Toleranz? Um die Rolle von Kultur als Instrument der Friedensbildung und Versöhnung drehte sich die Präsentation von *Sarina Bakić* (Universität Sarajevo). *Lejla Gačanica* (Universität Mostar) erforschte, inwieweit „ungehörige“ Erinnerungen, solche, die sich nicht an dominante Narrative halten, in der Lage sind, Debatten über Erinnerung zu öffnen und dominante Erinnerungen zu verändern.

In ihren Schlussworten zogen die Veranstalter eine positive Bilanz der Konferenz. Besonders hoben sie das große Interesse hervor, das die Veranstaltung bei Akademikern, aber auch Medien hervorgerufen hat. Dies zeige, dass das Thema Vergangenheitsbearbeitung weiterhin sehr wichtig in der Region sei.